

04.12.1986

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**10/670 - 1**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft

- Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Gorlas SPD

Beschlußempfehlung

Dem Einzelplan 10 - soweit es den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung betrifft - wird nach Maßgabe der nachstehend aufgeführten Änderungen zugestimmt.

BerichtI. Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallenden Kapitel des Einzelplans 10 in den Sitzungen am 24. September, 15. Oktober und 5. November 1986 beraten.

Die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P. wurden in der Sitzung am 3. Dezember 1986 behandelt und abgestimmt.

In der Schlußabstimmung stimmte der Ausschuß den in seine Zuständigkeit fallenden Kapiteln des Einzelplans 10 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. zu.

Zur Beratung des Haushaltsentwurfes lagen dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung die Vorlagen 10/550, 10/551, 10/616 und 10/772 des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vor.

II. Einzelberatung

- |     |                       |   |  |
|-----|-----------------------|---|--|
| 1.  | <u>Kapitel 10 010</u> | - | Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft |
| 1.1 | <u>Titel 422 10</u>   | - | Bezüge der Beamten                                     |
|     | <u>Titel 425 10</u>   | - | Bezüge der Angestellten                                |

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., die Ansätze um insgesamt 1 200 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Nach Meinung der Fraktion der F.D.P. sei ein Personalabbau in dem vorgeschlagenen Rahmen möglich, um das angestrebte Ziel einer Gesundung der Finanzen im Lande Nordrhein-Westfalen durch nennenswerte Einsparungen im Haushalt zu erreichen. Die SPD-Fraktion lehnte den Antrag ab, weil er kein seriöser Sparvorschlag sei.

1.2 Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um 75 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

2. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

2.1 Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit

Neuer Ansatz: 1 250 000,-- DM

Die Fraktion der SPD beantragte, den Ansatz um 350 000,-- DM auf 1 250 000,-- DM zu erhöhen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion haben die Unglücksfälle der letzten Zeit die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Umweltschutzes deutlich werden lassen. Die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Umweltschutzes müsse deshalb dringend verstärkt werden.

Die CDU-Fraktion lehnte den Antrag der Fraktion der SPD angesichts der desolaten Haushaltslage ab.

Die Fraktion der F.D.P. beantragte demgegenüber eine Reduzierung des Ansatzes um 300 000,-- DM. Die F.D.P.-Fraktion sehe zwar auch, daß Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Umweltschutzes wichtig sei, dennoch sei die Kürzung als Beitrag zur Einsparung im Haushalt notwendig.

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. angenommen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. hatte sich damit erledigt.

2.2 Titel 531 12 - Veröffentlichungen und Dokumentationen

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um 400 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

2.3 Titel 537 13 - Untersuchungen und gutachterliche Beratungsleistungen im Umweltbereich

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um 100 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

2.4 Titel 541 10 - Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um 50 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

3. Kapitel 10 050 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft

3.1 Titel 887 20 - Zuweisungen für die Entschlammung  
von Seen

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um 1 000 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt. Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion seien die Maßnahmen zwar notwendig, angesichts der Haushaltssituation sei eine zeitliche Streckung jedoch vertretbar.

Die SPD-Fraktion war demgegenüber der Auffassung, daß die Mittel in voller Höhe notwendig seien.

3.2 Titelgruppe 66 - Naturnaher Wasserbau und Gewässerunterhaltung; Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., die Ansätze der Titelgruppe 66 um insgesamt 12 000 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Auch hier vertrat die Fraktion der F.D.P. die Meinung, daß eine zeitliche Streckung der Maßnahmen angesichts der Haushaltssituation und der notwendigen Einsparungen möglich sei.

3.3 Titelgruppe 67 - Wasserversorgungsmaßnahmen und  
Verbundmaßnahmen in der Wasser-  
wirtschaft

Titel 883 67 - Zuweisungen (an Gemeinden, GV)

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Ansatz um  
1 000 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Frak-  
tion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei  
Stimmenhaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Auch hier sei nach Meinung der Fraktion der F.D.P. eine  
zeitliche Streckung der Maßnahmen als Beitrag zur Einspa-  
rung im Haushalt erforderlich.

3.4 Titelgruppe 69 - Talsperren (Neuerrichtung und  
Sanierung alter Anlagen)

Titel 887 69 - Zuweisungen (an Zweckverbände)

Neue Verpflichtungsermächtigung: 12 740 000,-- DM

Die Anträge der Fraktion der SPD, die Verpflichtungser-  
mächtigung des Titels um insgesamt 2 100 000,-- DM  
( 2 000 000 für die Titelgruppe 60 des Kapitels 05 810 und  
100 000,-- DM für den neuen Titel 541 10 des Kapitels  
10 020) zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der  
SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimment-  
haltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion ist eine Kürzung der Ver-  
pflichtungsermächtigung im vorgeschlagenen Rahmen vertret-  
bar, zumal die Vorbereitungsarbeiten für die notwendigen  
Sanierungsmaßnahmen an Talsperren noch nicht so weit ge-  
diehen seien, daß die Verpflichtungsermächtigung im vollen  
Umfang benötigt werde.

4. Kapitel 10 060 - Immissionsschutz
- Titelgruppe 70 - Durchführung von Untersuchungsvorhaben, Entwicklungsaufgaben sowie Planungs- und Vorsorgemaßnahmen zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen auf dem Gebiete des allgemeinen Umweltschutzes
- Titel 547 70 - Untersuchungen im Rahmen des Forschungsschwerpunktes "Luftverunreinigung und Waldschäden" durch wissenschaftliche Hochschulen
- Neuer Ansatz: 3 000 000,-- DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 300 000,-- DM auf 3 000 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Die Kürzung des Titels dient zur teilweisen Deckung der Erhöhung des Titels 531 11 im Kapitel 10 020. Da die Untersuchungen im großen und ganzen abgeschlossen sind, werden nach Ansicht der SPD-Fraktion die veranschlagten Mittel dieses Titels nicht im vollem Umfang benötigt. Die F.D.P.-Fraktion äußerte Bedenken, Forschungsmittel zugunsten von Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit zu kürzen.

5. Kapitel 10 200 - Landesamt für Wasser und Abfall, Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft

5.1 Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Der Antrag der Fraktion der SPD, in der Vergütungsgruppe Ib/IIa zwei zusätzliche Stellen, in der Vergütungsgruppe III drei zusätzliche Stellen, in der Vergütungsgruppe IVc/VIb zwei zusätzliche Stellen und in der Vergütungsgruppe VIb/VII eine zusätzliche Stelle einzurichten, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. angenommen.

Nach Ansicht der Fraktion der SPD ist die Einrichtung der genannten Stellen erforderlich, um das Landesamt für Wasser und Abfall in die Lage zu versetzen, die Kommunen in schwierigen und dringenden Fällen bei der Untersuchung und Beurteilung "altlastenverdächtiger" Flächen zur Gefährdungsabschätzung sowie bei der Sanierung und Überwachung zu beraten und zu unterstützen. Die Kommunen sind fachlich und personell überfordert; der notwendige hochspezialisierte Sachverstand muß an einer zentralen Stelle bereitgestellt und koordiniert werden.

5.2 Titel 537 13 - Versuche und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Überprüfung, Überwachung und Sanierung von sogenannten Altlasten

Neuer Ansatz: 3 350 000,-- DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 50 000,-- DM auf 3 350 000,-- DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. angenommen.

Die Kürzung des Ansatzes dient zur teilweisen Deckung der Ansatzserhöhung bei Titel 531 11 in Kapitel 10 020.

5.3 Titel 715 00 - Neubau des staatlichen Amtes für  
Wasser- und Abfallwirtschaft  
Münster

Neuer Haushaltsvermerk: Die Leistung der Ausgaben bedarf  
der Einwilligung des Haushalts und  
Finanzausschusses.

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Ausbringung des Haushaltsvermerkes wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen. Die SPD regte in diesem Zusammenhang an, das gesamte System der nachgeordneten Ämter im Bereich des Umweltschutzes nach den Haushaltsberatungen im Ausschuß zu diskutieren.

Vor der Schlußabstimmung brachte die Fraktion der CDU den in der Anlage zu diesem Bericht beigefügten Entschließungsantrag ein. Der CDU-Sprecher führte zur Begründung aus, die Haushaltsberatungen hätten bestätigt, daß der Haushalt des Landes auf tönernen Füßen stehe. Der Opposition sei ein Nachvollzug der Verschiebung einzelner Mittel im Haushalt nicht möglich. Auch die Einführung globaler Mehrausgaben und Mehreinnahmen seien für die CDU-Fraktion völlig neue Haushaltsbegriffe. Die CDU-Fraktion lehne deshalb den vorgelegten Haushalt ab.

Der SPD-Sprecher bedauerte, daß die SPD-Fraktion den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion ablehnen müsse, zumal die dort gestellten Forderungen mit dem SPD-Antrag "Gefährdung der Gewässer durch den Umgang mit gefährlichen Stoffen" (Drucksache 10/1527) bereits in der vergangenen Woche vom Plenum behandelt worden seien. Im übrigen seien die Vorwürfe der Opposition an die Landesregierung hinsichtlich des Entstehens von Haushaltsrechten nicht gerechtfertigt, da der Vollzug des Haushalts nicht allein Sache des Landes sei, sondern an dem Vollzug seien viele Stellen auch außerhalb der Landesregierung beteiligt.

Die EntschlieÙung der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung beschloÙ der Ausschuß die ihn betreffenden Kapitel des Einzelplans 10 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. anzunehmen.

Hegemann  
Vorsitzender

B 1

Landtag Nordrhein-Westfalen  
10. Wahlperiode

Drucksache 10/  
3. Dez. 1986

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU

Haushaltsplanentwurf 1987/Drucksache 10/1250

1. Die Unfälle bei Chemieunternehmen am Rhein, von denen der Sandoz-Unfall der schwerwiegendste gewesen ist, haben aufgezeigt, daß die ordnungsbehördlichen Aufsichtsmaßnahmen nicht ausreichend wirksam sind. Dies gilt auch für Nordrhein-Westfalen, zu dessen Aufgaben der Gewässerschutz gehört.

Mit Patentrezepten wird man kaum erreichen können, daß das Risikopotential in den Unternehmen so vermindert wird, daß durch Unfälle zukünftig nicht mehr die lebenswichtigen Elemente Wasser, Boden und Luft gefährdet werden.

2. Die Verantwortung für die Durchführung der Kontrolle von Industrie und Handel und deren Emissionen ist Landessache. Daher hat die Landesregierung sicherzustellen, daß die notwendigen Konzeptionen nicht erst als Reaktion auf Unfälle erstellt werden.
3. Der Landtag fordert deshalb von der Landesregierung, dem Landtag ein Konzept bis März 1987 vorzulegen, daß die Forderung nach einer vorsorgenden Umweltpolitik glaubhaft verwirklichen hilft.

4. In diesem Konzept sind u.a. zu berücksichtigen:

- die bessere personelle und sächliche Ausstattung der Gewerbeaufsicht, STAWA, LIS etc.
- Qualität, Flexibilität und Geschwindigkeit der staatlichen Luft-, Boden und Gewässerkontrolle,
- die Bewertung des Risikopotentials technischer Einrichtungen,
- staatlicherseits festgelegte Sicherheitsstandards für das Betreiben gewerblicher Einrichtungen,

5. Der Landtag stellt fest, daß die im Haushaltsentwurf 1987 eingesetzten Mittel der Umsetzung dieser vorsorgenden Umweltpolitik nicht gerecht werden. Mit Vorlage der oben eingeforderten Konzeption hat die Landesregierung auch die Haushaltsdefizite darzulegen und Lösungen zu unterbreiten.